



Stadtinfo Nr. 20  
April 2013

---

Marburg

---



Guten Tag.

**Ich heiße Tanja Bauder-Wöhr, bin Stadtverordnete der *MARBURGER LINKEN* und Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).**

Spätestens acht Tage nach jeder Stadtverordnetenversammlung möchte ich Ihnen, liebe Marburgerinnen und Marburger, immer mit unserem Flugblatt „DKP-Stadtinfo“ berichten, was dort so passiert ist. Vieles werden Sie schon aus der Presse erfahren haben. Ich selbst werde Ihnen dann meine Ansicht über die Themen vortragen, die ich selbst für besonders wichtig halte.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, wenden Sie sich bitte an mich. Ich bin leicht zu erreichen, zum Beispiel auch hier beim Flugblatt-Verteilen, über [www.marburger-echo.de](http://www.marburger-echo.de) oder via Email: [t.bauder@gmx.de](mailto:t.bauder@gmx.de)

## Allerdings, das wollen wir!

Für Baudezernent und Bürgermeister Dr. Franz Kahle ist es völlig normal, dass es sich Wohnungen in der Universitätsstadt Marburg um Renditeobjekte handelt, die sich rechnen müssen – für den Investor versteht sich. Er begrüßt deshalb auch die Bebauung an der alten Universitätsgärtnerei durch Schreyer und Schreyer (S+S Grundbesitz GmbH) ausdrücklich und verweist auf deren Erfolg: „und die Vermarktungserfolge zeigen, dass dies gelungen ist.“ S+S Grundbesitz GmbH annonciert in Hochglanzbroschüren die noch zu bauenden Wohnungen für beispielsweise 415.000,00 Euro (4 Zimmer, etwa 122 Quadratmeter) oder 315.000,00 Euro (3 Zimmer, knapp 73 Quadratmeter). Die S+S Grundbesitz GmbH hatte das Gelände für mutmaßlich etwas mehr als 2 Millionen Euro von der Philipps-Universität Marburg erworben. Sie will hier gut 100 Wohnungen errichten. Auf meine Nachfrage, ob diese Preise für den Bürgermeister sozialverträglich seien oder ob es sich bei diesen Wohnungen nicht doch eindeutig um Renditeobjekte handle, blieb er mir eine Antwort schuldig!

In mehreren Stadtinfos, meinen Redebeiträgen in der Stadtverordnetenversammlung sowie in den durch meine Fraktion Marburger Linke eingebrachten Anträge, haben meine Fraktion und ich immer wieder Alternativen aufgezeigt, konstruktive Vorschläge für einen sozialen Wohnungsbau eingebracht. In der Bau- und Planungsausschusssitzung habe ich den Bürgermeister daran erinnert, dass die Stadt ohne Not eines ihrer Filetstückchen verkauft hat, ich spreche vom ehemaligen Germanenplatz an der Weintrautstraße. Oder wir brachten die Anregung ein, auf dem Vitos-Gelände als Stadt zu bauen. Auch an der Zeppelinstraße wurde die Chance vertan. Ein noch weitergehender Antrag lautete, das VFB-Gelände durch die Stadt zu er-

werben, um dort neuen und zwar sozialen Wohnraum zu schaffen – bei gleichzeitiger Errichtung einer neuen Außensportanlage im Cappeler Feld als Ersatz für den weggefallenen Sportplatz. Letzter Punkt dürfte jetzt wieder aktuell werden, denn bekanntlich hat die Stadt Marburg das Sportgelände des VFB Marburgs tatsächlich gekauft – nur traut sie sich hier nicht innovativ weiterzudenken. Schade!

Neben der erneuten Frage der der Schaffung bezahlbaren Wohnraums beschäftigte sich die letzte Stadtverordnetensitzung ferner mit einem dringlichen Antrag meiner Fraktion zur Hauptpoststelle in Marburg. Hier zeigte mein Fraktionskollege Jan Schalauske an der Privatisierung der Post eindrücklich auf, was es bedeutet wenn einst staatlich übernommene Aufgaben, in diesem Fall der Brief- und Paketservice, privatisiert werden. Die Versprechen in den 90ern, alles werde schneller, kundenfreundlicher, ja sogar günstiger, haben sich nicht nur nicht bewahrheitet, sondern sind ins Gegenteil umgeschlagen: Viele Mitarbeiter\_innen wurden entlassen, eine ganze Reihe von Postfilialen wurden geschlossen - begonnen wurde das flächendeckende Ausbluten der Post in den ländlichen Gegenden; doch auch in Städten gibt es meist nur noch eine Anlaufstelle – Wartezeiten für Kunden können sich dabei auch schon mal auf über eine Stunde belaufen (siehe dazu auch den Artikel der Oberhessischen Presse vom 16.04.2013). In unserem Antrag forderten wir den Magistrat auf, "sich umgehend bei der Deutschen Post AG für einen verbesserten Service in der Marburger Hauptpost in der Bahnhofstraße einzusetzen." Die Post muss als Teil der Daseinsvorsorge und als öffentliche Angelegenheit verstanden werden. Unser dringlicher Antrag wurde erfreulicherweise einstimmig angenommen.

**V.i.S.d.P.: DKP Marburg-Biedenkopf – Mehr Informationen unter: [www.marburger-echo.de](http://www.marburger-echo.de)**